

# Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt  
Mainz

|                                         |                     |                             |
|-----------------------------------------|---------------------|-----------------------------|
| öffentlich                              |                     | Drucksache Nr.<br>0044/2012 |
| Amt/Aktenzeichen<br>Dezernat V/17 70 58 | Datum<br>04.01.2012 | TOP                         |

|                                             |                      |              |               |
|---------------------------------------------|----------------------|--------------|---------------|
| Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am |                      |              |               |
| <b>Beratungsfolge Gremium</b>               | <b>Zuständigkeit</b> | <b>Datum</b> | <b>Status</b> |
| Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie      | Kenntnisnahme        | 18.01.2012   | Ö             |

|                                                                         |
|-------------------------------------------------------------------------|
| <b>Betreff:</b><br>Mainzer Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel |
| Mainz, 05.01.2012<br><br>gez. Eder<br><br>Katrin Eder<br>Beigeordnete   |

## Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie nimmt die Überlegungen der Verwaltung zur Erarbeitung eines **Mainzer Aktionsplans zur Anpassung an den Klimawandel** zustimmend zur Kenntnis und spricht sich für die Lösung a) verwaltungsinterne Erarbeitung aus.

## **Problembeschreibung / Begründung:**

### 1. Sachverhalt

#### **A Bundesebene:**

Im Dezember 2009 hat der Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie (AUGE) die Deutsche Anpassungsstrategie zur Anpassung an den Klimawandel (DES) der Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Darin werden die Gefahren und Risiken des Klimawandels beschrieben und Handlungsmöglichkeiten zur Verminderung der Auswirkungen aufgezeigt. Seit 31. August 2011 liegt der nachfolgend von einer interministeriellen Arbeitsgruppe erarbeitete Aktionsplan vor. Inhaltlich beschäftigt sich der Aktionsplan vorrangig mit dem Vorgehen und den Aktivitäten des Bundes und mit der Kooperation mit den Bundesländern. Zur Rolle der Kommunen wird ausgeführt, dass diese zu den zentralen Akteuren zählen und viele Maßnahmen nur in den Kommunen entwickelt und umgesetzt werden können. Zur Unterstützung soll verstärkt mit den Kommunalen Spitzenverbänden, dem Klimabündnis und ICLEI zusammen gearbeitet werden. Konkret benannt werden:

- Die Entwicklung und Erprobung von Leitlinien und Entscheidungshilfen zur Entwicklung klimarelevanter Funktionen von Natur und Freiräumen im Siedlungsbereich
- Die Erarbeitung eines WIKI-Formats „Anpassung an den Klimawandel“ mit dem Klimabündnis und seinen über 400 deutschen Mitgliedskommunen
- Fortsetzung der Bundesvorhaben „KLIMZUG – Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“, „Die CO<sub>2</sub>-neutrale, energieeffiziente und klimangepasste Stadt“, Fortführung der Modellregionen „KlimaMORO“ und des ExWoSt- Forschungsfelds „Urbane Strategien zum Klimawandel“

Nach Einschätzung der Verwaltung sind die o. g. Konzepte und Modellvorhaben sicherlich hilfreich, lassen sich aber nicht direkt zur Entwicklung eines Mainzer Aktionsplans zur Anpassung an den Klimawandel verwenden.

#### **B Länderebene:**

Seitens des Landes Rheinland-Pfalz wurde am 1. September 2010 das „Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen“ bei der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft (FAWF) eröffnete. Die Aufgaben des Kompetenzzentrums bestehen darin:

- Forschung, Monitoring und Aktivitäten im Themenfeld Klimawandel zu vernetzen,
- eigene Forschungsprojekte durchzuführen bzw. zu koordinieren (s. a. Klim-Land\_RP),
- regionale Anpassungsoptionen z. B. für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Sozioökonomie, Gesundheit etc. zu erarbeiten,
- ein Klimawandelinformationssystem (kwis-rlp) einzurichten, zu pflegen und weiter zu entwickeln,

- ein Netzwerk mit Hochschulen, Bundes- und Landeseinrichtungen, Verbänden, Wirtschaft etc. aufzubauen
- und die Arbeit in Berichten und Informationsveranstaltungen zu präsentieren.

Kwis-rip und Netzwerk wurden inzwischen eingerichtet. Der Focus liegt aber eher auf den wasserwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Aspekten, sodass die Angebote des Kompetenzzentrums nur bedingt für Mainz genutzt werden können.

### **C Kommunale Ebene:**

Eine für Kommunen geeignete Methode wie man Schritt für Schritt zu einem maßgeschneiderten Klimaaktionsplan kommen kann, hat das Klimabündnis unter dem Namen „Climate-Compass“ entwickelt.

Es ist eine Arbeitshilfe für kleine und mittlere Städte und zielt vorrangig auf die Bereiche Energie und Transport ab. Die Methode kann aber inhaltlich für Mainz entsprechend ausgeweitet werden. Auch der „Maßnahmenkatalog der Stadt Frankfurt zur Anpassung an den Klimawandel“ ist nach einer vergleichbaren Methodik erarbeitet worden.

Folgende Planungsschritte wären in Anlehnung an die Methode vorzusehen:

#### Schritt 1: Kick-off

Erstes Treffen der relevanten Ämter. Erläuterung der relevanten Aktionsfelder und der Methode. Bewusstseinsbildung für lokale Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und für die Notwendigkeit eines Aktionsplans. Planung von weiteren Treffen.

#### Schritt 2: Bestandsaufnahme

Identifizierung der lokalen Besonderheiten, Prioritäten und Rahmenbedingungen und Definierung von ersten Aufgaben. Auswertung der lokalen und regionalen Rahmenbedingungen. Zusammenstellung der relevanten Daten, Karten und Fakten.

#### Schritt 3: Institutionalisierung

Gründung einer Arbeitsgruppe „**Mainzer Aktionsplans zur Anpassung an den Klimawandel**“, Aufstellen von Organisationsstrukturen: Benennung von Verantwortlichen, Absprache und regelmäßiger Kontakt zwischen der politischen und Verwaltungsebene. Einladung zum ersten Treffen.

#### Schritt 4: Aktionsprogramm

Definition der gemeinsamen Ziele und des Zeithorizonts. Abstimmung der Inhalte, z. B. Stadtentwicklung, Gewerbe und Industrie, Planen, Bauen, Mobilität, Verkehr, Grün, biologische Vielfalt, Boden, Wasserwirtschaft, Energiewirtschaft, Naherholung, Tourismus, Gesundheit, Bevölkerungsschutz.

Formulierung von Grundsätzen (Kriterien, Standards etc.).

Auswahl der geplanten Maßnahmen.

## Schritt 5: Monitoring und Dokumentation

Entwicklung von Indikatoren für geplante Maßnahmen.

Vorbereitung von Dokumentationen.

Folgende Ämter und Stellen wären zu einer Kick-off-Veranstaltung einzuladen:

12 Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen

17 Umweltamt

30 Rechts- und Ordnungsamt (Bevölkerungsschutz)

37 Feuerwehr

61 Stadtplanungsamt (FNP, Verkehr, Tiefbau)

65 Hochbau

67 Grünamt

69 GWM

Amt für Veterinär- und Gesundheitswesen

Wirtschaftsbetrieb AÖR (Entwässerung)

Da es sich um einen dezernatübergreifenden Aktionsplan mit direktem Umweltbezug handelt, sollte die Federführung beim Umweltdezernat/Umweltamt liegen.

## 2. Lösung

- a) Die Verwaltung wird zur internen Erarbeitung eines **„Mainzer Aktionsplans zur Anpassung an den Klimawandel“** beauftragt. Dieses ist sicherlich die kostengünstigste Lösung, bindet aber Personal, welches für andere Aufgaben zeitanteilig nicht zur Verfügung steht.

## 3. Alternative

- b) Der **„Mainzer Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel“** soll unter externer Moderation erarbeitet werden. Eine entsprechende Moderation bietet z. B. der Klimabündnis e.V. an. Ein entsprechendes Angebot wäre einzuholen.
- c) Der **„Mainzer Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel“** soll extern durch ein geeignetes Planungsbüro oder wissenschaftliches Institut erarbeitet werden. Eine Leistungsbeschreibung ist von der Verwaltung vorzubereiten und entsprechende Angebote sind einzuholen.

## 4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

- a) einmalige Kosten:

Für die Alternativen b) und c) müssten die Kosten ermittelt werden. Ggf. wären Möglichkeiten zur Förderung durch Bund oder Land zu suchen. Zur Zeit nicht absehbar sind die Kosten zur Umsetzung von Maßnahmen nach dem

## Aktionsprogramm

### b) laufende Kosten:

Für die Lösung a) entstehen voraussichtlich nur Kosten für den Personalaufwand und geringe Kosten für Sachmittel, die durch die bestehenden Haushaltpläne abgedeckt sind.